

An die deutsche Bundesregierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Diskussion um die Armutszuwanderung aus Bulgarien nach Deutschland geht auch uns etwas an. Unser Stadtteil, Stolipinovo in Plovdiv, ist die Heimat vieler, die nach Deutschland und insbesondere nach Dortmund auswandern. Dabei ist in den deutschen Medien die Rede von Sozialtourismus und organisierter Kriminalität, der Blick auf die Realität bleibt auf der Strecke. Zwar können wir nicht ausschließen, dass Einzelne nach Deutschland ausreisen, um auf diese Weise ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, doch ist diese Haltung nicht verbreitet. Wir verwehren uns gegen Vorwürfe, dass wir einzig auf Sozialleistungen aus seien.

Niemand von uns verlässt gerne seine Familie, sein Haus, seine Heimat, um in einem fremden Land zu arbeiten. Dennoch: im Gegensatz zu unserer Heimat finden wir dort Arbeit die es ermöglicht, unsere Familien zu ernähren, Schulden zu bezahlen und unseren Kindern so gut es geht eine Zukunft zu bieten. Viele von ihnen wachsen ohne Eltern in unserem Stadtteil auf, da diese im Ausland arbeiten. Die Schulen bieten ihnen nur eine unzureichende Ausbildung und als Roma sind wir von vielfacher Diskriminierung betroffen. Uns bleibt oftmals nur die Chance, wenigstens für einige Monate im Jahr, im europäischen Ausland zu arbeiten, um unsere Familien zu ernähren. Die bulgarische Regierung hat es bislang nicht geschafft, uns einen Ausweg aus der Armut zu ermöglichen; in Europa sehen wir unsere Perspektive. Dennoch können wir Ihnen versichern, dass, wenn wir hier eine Chance hätten, wir diese lieber ergreifen würden, als aus Armutgründen nach Dortmund, Mannheim oder in andere deutsche Städte zu ziehen.

Wir sehen ebenso wie Sie, dass die Probleme vor Ort, beispielsweise in Stolipinovo, gelöst werden müssen. Doch sind bislang nicht mehr als Lippenbekenntnisse übrig geblieben. Niemand fühlt sich verantwortlich und auf uns allein gestellt bleibt uns nur die Möglichkeit im Ausland zu arbeiten. Viele Gelder, die für die Verbesserung der Situation vor Ort bestimmt sind, verbleiben entweder im fernen Sofia oder werden erst gar nicht in Anspruch genommen. Wir sind davon überzeugt, dass Sie, ebenso wie wir, ein Interesse daran haben, dass sich die Situation in den Gebieten verbessert, aus denen nach Deutschland zugewandert wird. Dazu bedarf es der Unterstützung der Zivilgesellschaft in Stadtteilen wie Stolipinovo, was bislang nicht geschehen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Anton Karagiosov – Vorsitzender der „Stiftung für regionale Entwicklung – ROMA“, Plovdiv

